Stadt Bergisch Gladbach

Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuende	er Fachbereich	Datum	
4 – Bildung, Kultur, Schule und Sport		08.12.2000	
		Schriftführer/in	Telefon-Nr.
		Barbara Hieronymi	02202/14-467

Niederschrift

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport	Sitzung am 21.11.2000	
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 20:10 Uhr	
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)	

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnungspunkt

Inhalt

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit Seite 6
- 2. Genehmigung der Niederschrift öffentlicher Teil Seite 6
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport vom 19.09.2000 öffentlicher Teil 746/2000 Seite 6
- **4. Mitteilungen des Vorsitzenden** *Seite 6*
- 5. Mitteilungen der Bürgermeisterin 562/2000

Seite7

6. Italienische Wochen im März 2001

707/2000

Seite 7

7. Halbjahresbericht (1. Halbjahr 2000) der Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach

435/2000

Seite 8

8. Feststellung des Wirtschaftsplans für das Jahr 2001 der Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach

532/2000

Seite 9

9. Entwicklung der Zweigstellen Bensberg und Paffrath der Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach

538/2000

Seite 10

10. Feststellung des Wirtschaftsplans für das Jahr 2001 der Kultureinrichtung "Kunst- und Kulturbesitz"

694/2000

Seite 11

11. Feststellung des Wirtschaftsplans der Volkshochschule Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2001

693/2000

Seite 12

12. Antrag der FDP-Fraktion vom 27.08.2000 zu mehr Transparenz bei den Kursgebühren der Volkshochschule

551/2000

Seite 12

13. Feststellung des Wirtschaftsplans für das Jahr 2001 der städtischen Kultureinrichtung "Haus der Musik"

725/2000

Seite 13

14. Beratung des Archivbudgets für das Jahr 2001

695/2000

Seite 13

15. Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2001 für den Bereich Sport

703/2000

Seite 14

16. Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2001 für den Bereich Bildung und Kultur

704/2000 Seite 14

17. Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2001 für den Bereich der Schulen

705/2000 Seite 15

18. Ausstellungskonzept der Städtischen Galerie Villa Zanders

706/2000 Seite 15

19. Randstundenbetreuung an der GGS Katterbach

713/2000

Seite 16

20. Sanierung der Sportaußenanlagen des AMG und der Johannes-Gutenberg-Realschule

714/2000

Seite 16

21. Kostenermittlung über eine Einrichtung einer Verbundschule am Standort der Wilhelm-Wagener-Schule Refrath

715/2000

Seite 16

22. Antrag der Schulpflegschaft der Wilhelm-Wagener-Schule, eine feste Stelle für eine Sozialpädagogin/einen Sozialpädagogen einzurichten

716/2000

Seite 17

23. Anmeldeverfahren zu den weiterführenden Schulen

717/2000

Seite 17

24. Sanierung der Johannes-Gutenberg-Realschule

720/2000

Seite 17

25. Bau einer zusätzlichen Turnhalle in Herkenrath

723/2000

Seite 18

26. Antrag des Bergisch Gladbacher Reitervereins Eicherhof e.V. auf Anerkennung der Förderungswürdigkeit gemäß den städtischen Sportförderungsrichtlinien für die Grunderneuerung und Erweiterung des Dressurplatzes

709/2000

Seite 19

27. Anerkennung der Goethe-Gesellschaft e.V. als kulturtragender Verein 710/2000

Seite 19

28. Antrag der SPD-Fraktion vom 21.09.2000 zum Förderprogramm "Kommunen gegen Rechtsextremismus"

749/2000 Seite 19

29. Anfragen der Ausschussmitglieder

Seite 19

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 <u>Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit</u>

Der Vorsitzende, Herr Dr. Miege, eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit dieses Ausschusses. Er begrüßt den 1. Beigeordneten Herrn Michael Kotulla, die Ausschussmitglieder, die sachkundigen Bürger, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und die zahlreichen Vertreter der Bürgerschaft, vor allem die Eltern und Kinder der Johannes-Gutenberg-Realschule.

Anschließend wird Herr Dr. Fritz Hammer als sachkundiger Bürger und Vertreter des Seniorenbeirats eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

Herr Dr. Miege meldet Herrn Taflinski (Kath. Kirchengemeinde) und Herrn Pfarrer Knuth (Ev. Kirchengemeinde) als entschuldigt und Herrn Farber vom Ausländerbeirat als fehlend.

2 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -

Frau Scheerer bemängelt, dass die Schulleitung und Schulpflegschaft der GGS Moitzfeld noch nicht über den Fortgang der Planungen zur Sanierung des Schulgebäudes unterrichtet worden seien. Herr Kotulla macht auf die gegenwärtig schwierige Situation im Fachbereich 4 aufmerksam und wird im nichtöffentlichen Teil darauf genauer eingehen.

Die Niederschrift wird einstimmig angenommen.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport vom 19.09.2000 - öffentlicher Teil -

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

4 <u>Mitteilungen des Vorsitzenden</u>

Herr Dr. Miege gibt die Einladung der Kulturpolitischen Gesellschaft des Instituts für Kulturpolitik zu einer Veranstaltung "Kultur als Ehrenamt" am 01.12.2000 in Bielefeld bekannt, auf der die Museumsinitiative ein neues museumspolitisches Leitbild entwickeln möchte.

5 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Den Ausschussmitgliedern wurde eine schriftliche Mitteilung der Verwaltung über die vorübergehende Schließung des Kombibads Paffrath vom 08.01.2001 bis voraussichtlich 31.12.2001 vorgelegt.

Frau Scheerer berichtet über die Unzufriedenheit einiger Sportvereine mit dieser vorgelegten Regelung: der Schwimmverein Bergisch Gladbach brauche für seine Mannschaft, die in der 2. Bundesliga spiele, dringend Trainingszeiten für den Klassenerhalt und für den Breitensport weitere Flachwasserangebote. Die Wasserballer hätten keinerlei Trainingsmöglichkeiten mehr und bräuchten wenigstens eine Turnhalle, um das Ballspiel zu üben.

Einschränkungen für die Vereine seien unvermeidlich, entgegnet Herr Kotulla. Die Verwaltung werde noch einmal Kontakt mit allen Bädern aufnehmen, um vor allem Vereinen, die in höheren Klassen spielen, möglichst viele Trainings- und Übungszeiten anbieten zu können.

Herr Kotulla weist auf die Sitzungstermine im Jahr 2001 hin: dienstags, 06.03.2001 (Anmerkung: inzwischen geändert; neuer Termin: **13.03.2001**!!!) 12.06.2001 25.09.2001 27.11.2001 jeweils im Ratssaal Bensberg.

Herr Dehler stellt folgenden Antrag zur Änderung der Tagesordnung: Mit Rücksicht auf die vielen Besucher sollen die TOPs A 21, 22 und 24 vorgezogen und nach TOP A 6 in der Reihenfolge A 24, A 21, A 22 behandelt werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

6 Italienische Wochen im März 2001

Frau Hensch, Vorsitzende des AdK, stellt den "Arbeitskreis der Künstler e.V." und seine Zielsetzung kurz vor: es gebe 64 aktive Mitglieder, die Anzahl der fördernden Mitglieder sei aber erheblich größer. Zweck des Vereins sei die Förderung der ortsansässigen Künstler und der Kunstszene in Bergisch Gladbach durch drei Aktivitäten:

- 1. eine rege Ausstellungstätigkeit
- 2. durch regelmäßige Treffen mit kunsttheoretischen Auseinandersetzungen
- 3. durch Projekte mit experimentellen Charakter, um neue Wege für die Kunst zu eröffnen.

Der AdK pflege überdies einen regen Austausch mit ausländischen Künstlern, so auch anlässlich der Französischen Wochen 1999 oder des Forums Ost-West 2000. Die beiden in der Einladung für die heutigen Sitzung vorgestellten Projekte "Città aperta" und "Kunst-Quiz" für die Italienischen Wochen 2001 seien ein Beitrag zur bildenden Kunst und zielten auf Austausch und Kommunikation sowohl mit den italienischen Künstlerinnen und Künstlern als auch mit den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Bergisch Gladbach ab. Die beiden Projekte seien ein Beitrag zum besseren Zusammenwachsen mit unseren europäischen Nachbarn. Urbino sei eine alte Universitätsstadt Umbriens mit völlig anderem Charakter als die durch industrielle Produktion geprägte Stadt Bergisch Gladbach. So sei auch die künstlerische Auseinandersetzung mit beiden Städten lohnenswert. Die in der Vorlage

dargestellte Finanzierung beschränke sich auf das Notwendigste, und man sei weiterhin auf der Suche nach Sponsoren.

Frau Hensch hält es außerdem für sehr wichtig, durch Presseveranstaltungen und Werbung eine intensive Öffentlichkeitsarbeit für die Italienischen Wochen zu betreiben.

Für die CDU-Fraktion bezeichnet Frau Dr. Weil die Ausführungen des AdK als überzeugend. Dennoch möchte ihre Fraktion zunächst 10.000,00 DM zweckgebunden für die Italienischen Wochen zusätzlich dem Fachbereich 4 zur Verfügung stellen, bis das gesamte Programm vorliege.

Frau Ziskoven stellt fest, dass nach Abzug der Kosten für die Projekte des AdK von den 32.000,00 DM für die Italienischen Wochen nicht mehr viel übrig bleibe für andere Projekte und erkundigt sich nach weiteren Finanzierungsvorschlägen. Herr Kotulla bestätigt, dass in Anbetracht der angespannten Haushaltslage sicher nicht alle vorgeschlagenen Projekte durchgeführt werden können. Frau Hieronymi erklärt, dass die über die Änderungsliste beantragten zusätzlichen 25.000 DM in erster Linie für eine angemessene Werbung und Öffentlichkeitsarbeit gedacht seien, um die Bemühungen aller Veranstalter, die in der Regel ihre Projekte selbst finanzieren, zu honorieren und zu unterstützen. Wenn irgend möglich, solle wenigstens ein Projekt des AdK, eventuell auch über die Sonderförderung Kultur, mitfinanziert werden.

Frau Böhrs hält die Pressearbeit so wichtig wie die beiden Projekte des AdK für gut. Die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN werde daher im Finanzausschuss die Bereitstellung der von der Verwaltung vorgeschlagenen 25.000,00 DM beantragen. Sie schlägt vor, den Einzelhandel in die Gestaltung der Italienischen Wochen mit einzubeziehen.

Herr Kleine möchte die CDU-Fraktion dazu bewegen, doch mehr als 10.000 DM für die Italienischen Wochen vorzusehen und rät dazu, Sponsoren unter den Bergisch Gladbacher Kaufleuten zu finden, da diese von den Italienischen Wochen profitieren werden. Frau Koshofer unterstützt dagegen die Absicht der CDU-Fraktion, zunächst 10.000 DM zusätzlich zu veranschlagen.

Alle Fraktionen empfehlen die Suche nach Sponsoren.

Im Übrigen wird der Bericht zur Kenntnis genommen.

7 <u>Halbjahresbericht (1. Halbjahr 2000) der Stadt- und Kreisbücherei</u> <u>Bergisch Gladbach</u>

Frau Lenz-Reichwein begründet die verspätete Vorlage damit, dass der Wirtschaftsprüfer den Zwischenabschluss erst jetzt vorgelegt habe. In Zukunft werde diese Aufgabe von der Sachbearbeiterin der VHS übernommen, die auch die Berichte für die übrigen kulturellen Einrichtungen erstelle.

Sie macht darauf aufmerksam, dass der Überschuss ohne Berücksichtigung der Abschreibung ausgewiesen sei. Diese bei Büchern sehr schnelle Abschreibung werde aber dazu führen, dass die Stadtbücherei in 2 Jahren über keine Rücklagen mehr verfügen werde. Spätestens dann sei besondere Unterstützung durch Politik und Verwaltung notwendig.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

8 <u>Feststellung des Wirtschaftsplans für das Jahr 2001 der Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach</u>

Frau Lenz-Reichwein erläutert, dass die Anhebung des Medienetats auf 211.00,00 DM durch die Umschichtung von Personalkosten und durch die Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel erreicht werden konnte. Sie dankt der Vereinigung "Bürger für uns Pänz", der den Spieleverleih jährlich mit mindestens 3000,00 DM unterstütze.

Frau Dr. Weil erkundigt sich, für welche Projekte ein Landeszuschuss beantragt worden und wie hoch die Ausnutzung des Spieleverleihs sei. Herr Kleine kritisiert die Kürzung von Planstellen, damit der Medienetat aufgestockt werden könne – das müsse zu Lasten von Ausleihzeiten oder Beratungsangeboten gehen. Herr Dehler bedauert, dass die Reparaturen von Vorführgeräten der Schulen länger dauerten als früher, und Herr Willnecker fragt, ob die vor wenigen Jahren angeschaffte EDV tatsächlich schon veraltet sei. Frau Koshofer interessiert sich für die Anzahl der Internet-Arbeitsplätze im Büchereisystem.

Frau Lenz-Reichwein beantwortet die Fragen:

Die Lizenz für das alte EDV-System laufe im Frühjahr 2001 aus. Durch den Landeszuschuss werde erstens die Einführung eines neuen EDV-Verfahrens "Bibliotheca" der Firma BOND bis zu 60 % mitfinanziert und zweitens die Einführung des neuen Mediums "DVD" unterstützt.

Der Spieleverleih sei ein sehr erfolgreiches, boomendes Produkt, das kostendeckend arbeite. Ein weiterer Ausbau sei aber aus Platz- und Personalgründen nicht möglich. Die Reparaturen der AV-Geräte dauerten länger, weil die Reparaturen selbst aufwendiger als früher seien und zum anderen der betreffende Mitarbeiter, ein Fernsehtechnikermeister, auch vielfältige technische Aufgaben im Bereich EDV-Softund Hardware habe und kleinere Reparaturen (Installation, Elektro) durchführe, da es für die Stadtbücherei seit dem Auszug der VHS keinen Hausmeister mehr gebe. In der Hauptstelle gebe es drei, in Bensberg und in Paffrath je einen Internetarbeitsplatz; ein weiterer Arbeitsplatz für Behinderte sei im Erdgeschoss der Hauptstelle vorgesehen. Die Unkosten durch die Internetnutzung werde durch die Einnahmen voll erreicht.

Schließlich möchte Herr Kleine wissen, ob die Mindereinahmen von 102.000 DM, verursacht durch den Ausstieg weitere Kommunen des Kreises, aufgefangen würden. Herr Kotulla bestätigt dies.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport ist als Werksausschuss mit den fachlichen und finanzpolitischen Zielen gem. den Ausführungen der Vorlage einverstanden.

Der Rat möge beschließen:

Der Wirtschaftsplan der Stadtbücherei Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2001 wird wie vorgelegt festgestellt.

9 Entwicklung der Zweigstellen Bensberg und Paffrath der Stadt- und

Kreisbücherei Bergisch Gladbach

Herr Kotulla ergänzt folgenden Satz in der Vorlage auf Seite 80, Kap. III,1. Medienausbau - Medienetat 2001: unter die Aufstellung: "Der Medienetat der Stadtund Kreisbücherei für das Wirtschaftsjahr 2000 betrug 131.922,00 DM".

Frau Lenz-Reichwein betont, dass diese Vorlage auf dem Auftrag der Politik beruhe, beide Stadtteilbibliotheken zu erhalten. Sie verweist auf den Medienetat 2001, in dem sich dies widerspiegele. Der Standort Paffrath könne z.B. durch die Verlegung der Bildstelle an diesen Standort und durch weitere Maßnahmen aufgewertet werden, doch müsse hierfür erst ein Konzept auch in Absprache mit der Schulleitung der IGP erstellt werden.

Herr Dr. Miege sieht seine Anfrage bezüglich der Benachteiligung von Paffrath in der Vergangenheit nicht beantwortet. Die Kostenermittlung pro Ausleiheinheit sei für ihn im Sinne eines Vergleichs zwischen Bensberg und Paffrath nicht korrekt dargestellt; z.B. fehle die Berechnung der Miete- und Mietnebenkosten sowie die Bewirtschaftungskosten für beide Standorte. Das Gleiche gelte für die Darstellung der Personalkosten: in Paffrath liefen die Personalkosten für 2 Angestellte über den Schuletat, nicht über den der Stadtbücherei. Er wünsche sich eine Kostenermittlung, aus der klar hervorgehe, welcher der beiden Standorte tatsächlich teurer sei. Seiner Meinung nach sei weiterhin eine Benachteiligung des Standortes Paffrath festzustellen.

Dem entgegnet Herr Kleine, dass in einer Kostenrechnung die Kosten eines Produkts dargestellt werde, unabhängig davon, wer finanziere bzw. in welchem Unterabschnitt die Kosten aufgeführt werden. Selbst wenn bei der Mitberücksichtigung der Mieten und Mietnebenkosten sich ein Standort als teurer erweisen sollte, sei dies unerheblich, da beide Standorte von allen Fraktionen gewünscht werden.

Frau Lenz-Reichwein weist daraufhin, dass die Kostenermittlung für die Miete und die Mietnebenkosten für den Standort Paffrath trotz ihres Antrags beim FB 4 bisher nicht erfolgt sei. Für den Standort Bensberg betrage die Miete 116.000,00 DM zzgl. Mietnebenkosten.

Frau Ziskoven möchte wissen, welche Verpflichtungen sich hinter dem Betrag von 50.000,00 DM für das Gesamtsystem (Medienetat 2001) verbergen und warum 1999 der Medienetat für Paffrath trotz der sonst beklagten Mittelknappheit nicht ausgegeben wurden (dies bemängelt auch Herr Cüpper). Außerdem empfiehlt sie im Namen der SPD-Fraktion, zweimal statt wie geplant einmal pro Woche die Zweigstelle Paffrath nachmittags bis 18.30 Uhr zu öffnen.

Auch Herr Willnecker lehnt wie Frau Alef die Reduzierung der Öffnungszeiten auf einen Nachmittag ab; im Übrigen erscheint ihm die Sachdarstellung zur Situation Pafraths sehr negativ. Er möchte wissen, an welcher Stelle der Statistik Entleihungen Paffrather Schüler in der Hauptstelle erscheinen, ob die Nutzung der Zeitungen statistisch erfasst und wann Vertretungen seitens der Hauptstelle der Zweigestelle Paffrath zur Verfügung gestellt werden.

Frau Alef schlägt vor, die in der Mängelliste aufgeführten Beanstandungen zum Anlass für Verbesserungen zu nehmen.

Für Frau Dr. Weil ist es unverständlich, dass die Zweistelle Paffrath als einzige kombinierte Stadtteil- und Schulbücherei nicht der florierendste Standort von allen sei

Frau Lenz-Reichwein erläutert:

Der Betrag von 50.000 DM Verpflichtungen für das Gesamtsystem enthalte die Abo-Kosten für Tageszeiten und Zeitschriften und allgemeine Nachschlagelexika für alle drei Standorte.

Über die Präsenznutzung des Zeitschriften- und Zeitungsbestandes gebe es keine Statistik, dies sei zu aufwendig. - 1999 sei auf Grund eines Wasserschadens in der Bücherei Paffrath eine Versicherungssumme von 18.000,00 DM gezahlt worden, die dem Leiter der Zweigstelle, der ihr dienstrechtlich nicht unterstellt sei, für Neuanschaffungen zur Verfügung gestellt worden. Die Gründe für das Nichtausschöpfen der Summe seien ihr nicht bekannt.

Die Personaldecke in der Stadtbücherei sei inzwischen so dünn, dass seitens der Zentrale nur noch unter großen Schwierigkeiten den Zweigstellen Vertretungen für Urlaub oder Krankheit zur Verfügung gestellt werden könnten. Da das weibliche Personal aus Sicherheitsgründen Wert darauf lege, in den späten Nachmittagsstunden zu zweit zu arbeiten, dies jedoch bei einer täglichen Nachmittagsausleihe auf Grund der Personalsituation nicht zu leisten sei, habe sie den Vorschlag gemacht, die Bücherei Paffrath nur noch an einem Nachmittag zu öffnen. Außerdem zeige die Statistik, dass mit großem Abstand die Schülerschaft am meisten entleihe, und dies eben vormittags. Die Nachmittagsausleihe lasse zu wünschen übrig.

Frau Scheerer fordert den FB 4 und die Leitung der Stadtbücherei auf, ein Konzept zur Aufwertung des Paffrather Standortes zu erarbeiten, da Paffrath Zuzugsgebiet sei. Die Attraktivität der Bücherei könne auch durch notwendige Renovierungsmaßnahmen entsprechend der Mängelliste erhöht werden. Dem stimmt Herr Dr. Miege nachdrücklich zu. Er hält die Belebung der Stadtteilkultur für eine wesentliche Aufgabe dieser Zweigstelle.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

10 <u>Feststellung des Wirtschaftsplans für das Jahr 2001 der Kultureinrichtung</u> "Kunst- und Kulturbesitz"

Herr Dr. Vomm weist darauf hin, dass trotz des knapper bemessenen Etats im kommenden Jahr ein attraktives Programm geboten werden könne. Dies sei nur möglich durch eine stärkere Kooperation mit anderen Museen: Ausstellungsprojekte werden gemeinsam durchgeführt. Auch Bergisch Gladbach produziere nicht nur Ausstellungen und gebe sie weiter, sondern übernehme auch solche von anderen Städten.

Die durch das kürzlich eröffnete, erweiterte Schulmuseum entstehenden Kosten seien im vorliegenden Wirtschaftsplan noch nicht berücksichtigt. Man wolle die Konstellation "Zusammenarbeit Förderverein/Stadt" ein Jahr lang probeweise durchführen; erst dann könne festgestellt werden, welche Kosten tatsächlich in den nächsten Jahren entstehen werden.

Frau Dr. Weil weist daraufhin, dass ihre Fraktion beabsichtige, im Investitionsplan des Wirtschaftsplans den Kostenansatz 2001 für den Wiederaufbau des Gronauer Mühlenhofes von 500.000,00 auf 250.000,00 DM zu reduzieren, da in diesem Jahr nicht damit zu rechnen sei, dass das Geld schon ausgegeben werden könne. Das berühre nicht den Gesamtansatz für den Wiederaufbau des Gronauer Mühlenhofes. Die CDU-Fraktion dringe aber darauf, dass im Jahr 2001 mit dem Wiederaufbau

endlich begonnen werde. Dieser Wiederaufbau, so Frau Koshofer, werde von der FDP-Fraktion aus Kostengründen abgelehnt.

Herr Dr. Vomm stellt fest, dass er mit der Reduzierung des Kostenansatzes auf 250.000 DM im Jahr 2001 leben könne. Man warte auf die Bauausführungsplanung; erst dann könne ein Maßnahmebeschluss gefasst werden.

Auf die Frage von Frau Böhrs, ob ähnlich wie bei der Stadt- und Kreisbücherei in den nächsten Jahren in erheblichen Maße Abschreibungen über die in der Vorlage genannte Summe von 37.000,00 DM hinaus zu erwarten seien, verweist Herr Dr. Vomm auf die Vorlage.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Der Ausschuss ist als Werksausschuss mit den fachlichen und finanzpolitischen Zielen gemäß den Ausführungen der Vorlage einverstanden.

Der Rat möge beschließen:

Der Wirtschaftsplan für die städtische Kultureinrichtung "Kunst- und Kulturbesitz Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2001 wird wie vorgelegt festgestellt.

11 <u>Feststellung des Wirtschaftsplans der Volkshochschule Bergisch Gladbach für</u> das Wirtschaftsjahr 2001

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport ist als Werksausschuss mit den fachlichen und finanzpolitischen Zielen gemäß den Ausführungen der Vorlage einverstanden.

Der Rat möge beschließen:

Der Wirtschaftsplan für die "Volkshochschule Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2001 wird wie vorgelegt festgestellt.

12 Antrag der FDP-Fraktion vom 27.08.2000 zu mehr Transparenz bei den Kursgebühren der Volkshochschule

Frau Koshofer sieht die Kostentransparenz in vielen Bereichen geklärt, hat jedoch noch einige Fragen, die sie schriftlich an die Verwaltung richten wird und, wie Herr Kotulla versichert, schriftlich beantwortet werden.

Herr Kleine hingegen hält die Auflistung für ungenügend; eine Transparenz bei der Einnahmen- und Kostenseite sei nicht ausreichend gegeben (welche Einnahmen erwarte die VHS für ein bestimmtes Angebot, das so und soviel koste): er wünsche sich eine echte Kalkulation der Gebührenordnung.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dehler nimmt an dieser Stelle noch einmal Bezug auf den TOP A 10 "Feststellung des Wirtschaftsplans für das Jahr 2001 der Kultureinrichtung "Kunst-

und Kulturbesitz" und möchte den von Frau Dr. Weil für die CDU vorgetragenen Antrag zur Reduzierung des Kostenansatzes im Investitionsplan für 2001 von 500.00 DM auf 250.000 DM in den Beschlussvorschlag aufgenommen wissen. Herr Kotulla entgegnet, dass die Verwaltung diese Empfehlung, da sie auf keinen Widerspruch gestoßen sei, in den Etat und die Gesamtberatungen mit aufnehmen werde.

13 <u>Feststellung des Wirtschaftsplans für das Jahr 2001 der städtischen</u> Kultureinrichtung "Haus der Musik"

Frau Himmelheber hofft weiterhin auf den Zufluss der Landesmittel, das sogenannte "Kopfgeld". Inzwischen habe sie zusätzlich Projektmittel beim Land beantragt. Ohne diese Projektmittel werden die Projekte nicht durchgeführt, so dass dieses Vorhaben in jedem Fall kostenneutral sei.

Herr Kotulla weist auf Differenzen zwischen dem Wirtschaftsplan des Hauses der Musik (Investitionen) und den angemeldeten Haushaltsansätzen hin: hier handle es sich um Übertragungsfehler, die noch bereinigt würden.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport ist als Werksausschuss mit den fachlichen und finanzpolitischen Zielen gemäß den Ausführungen der Vorlage einverstanden.

Der Rat möge beschließen:

Der Wirtschaftsplan für das "Haus der Musik" für das Wirtschaftsjahr 2001 wird wie vorgelegt festgestellt.

Der Ausschuss folgte einstimmig dem Vorschlag von Herrn Neu (SPD), die Beschlussvorlagen der TOP's A 14 – A 17 nur in 1. Lesung - zur Kenntnis zu nehmen, um sie in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 07.12.2000 abschließend zu beraten und in der Sitzung des Rates am 14.12.2000 zu entscheiden.

Frau Holtzmann verlässt um 19.00 Uhr die Sitzung; stattdessen ist Herr Zanders anwesend

14 Beratung des Archivbudgets für das Jahr 2001

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

15 <u>Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2001 für</u> den Bereich Sport

Herr Neu (SPD) schlägt mit Hinweis auf TOP A 25 vor, für den Bau einer Turnhalle in Herkenrath eine Verpflichtungsermächtigung über 50.000,00 DM im Haushalt 2001 einzubringen, die erst im Haushaltsjahr 2002 kassenwirksam werde. Dies ermögliche den Beginn der Planungen schon im Jahr 2001.

Die prekäre Situation der Eishockeyvereine, insbesondere des EC Bergisch Gladbach/Bensberger Haie möchte er im nichtöffentlichen Teil behandeln. Herr Köntje schlägt vor, über den 2. Teil des Beschlussvorschlags "*Der Ansatz der Hst. 1.550.717.10 (Zuschuss Sportförderung – Benutzungsentgelte) wird erhöht a) auf 291.480,00 DM oder b) auf 300.00,00 DM"* und die Situation der Eisportvereine im nichtöffentlichen Teil zu verhandeln. Dem wird zugestimmt (s. TOP B 7). - Er weist auf einige Unstimmigkeiten im Zahlenwerk zwischen dem Entwurf des Haushaltsbuches und der Vorlage hin. Im Übrigen sei die CDU-Fraktion mit dem Haushaltsentwurf einverstanden. Er empfiehlt ebenso wie Frau Dr. Weil, auch für den Bereich Sport einen Wirtschaftsplan aufzustellen, um eine größere Transparenz in der Darstellung zu erreichen.

Herr Kotulla weist darauf hin, dass ein Wirtschaftsplan eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung voraussetze. Hierfür sei neben vielen Vorarbeiten die Entscheidung des Rates notwendig. Er bedauert die Unstimmigkeiten im Zahlenwerk der Vorlage und verweist auf die Tischvorlage mit den korrigierten Zahlen (s. Anlage); an der Gesamtfinanzierung ändere sich dadurch aber nichts. In der Sitzung des Finanzausschusses am 07.12.2000 und in der Niederschrift werden die berichtigten Angaben vorgelegt.

Der Entwurf der Haushaltssatzung wird zur Kenntnis genommen.

16 <u>Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2001 für den Bereich Bildung und Kultur</u>

Frau Ziskoven erkundigt sich, was sich hinter der Hst. 1.300.165.45 "Mitgliedsbeiträge" verberge. Dies sei, erläutert Frau Hieronymi, der Beitrag der Stadt Bergisch Gladbach für die Mitgliedschaft im Kultursekretariat Gütersloh, ein Zusammenschluss nichttheatertragender Städte und Gemeinden in NRW. Diese Mitgliedschaft ermögliche es allen kulturellen Einrichtungen in Bergisch Gladbach, an landesweiten Projekten im Bereich Theater, Konzertwesen, Ausstellungen u.a.m. teilzunehmen und Fördermittel zu erhalten. Dieser Mitgliedsbeitrag werde entsprechend der erhaltenen Fördermittel auf die einzelnen kulturellen Einrichtungen aufgeteilt und sei somit kostenneutral. Herr Kotulla ergänzt, dass die Veranstaltungsprojekte von einer ganzen Reihe von Städten gebucht und dadurch für die einzelne Stadt billiger werden.

Herr Kleine bemängelt, dass die Zuschüsse für die kulturtragenden Vereine im Gegensatz zu den Fördermittel für die kirchlichen Büchereien stark gekürzt worden seien. Die SPD werde versuchen, im Finanzausschuss hier eine Nachbesserung zu erreichen.

Frau Böhrs beantragt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Erhöhung des Investitionszuschusses (bisher 12.000,00 DM) um 400.000,00 DM für den Einbau eines Personenaufzuges in der Stadtbücherei und befürwortet den Vorschlag der

Verwaltung, den Ansatz der Hst. 1.300.633.06 "Übergreifende Kulturprojekte" um 25.000,00 DM zu erhöhen.

Frau Dr. Weil fordert für die CDU die Erhöhung des Ansatzes der Hst. 1.300.717.24 "Sonderförderung Kultur" um 500,00 DM auf 15.000,00 DM (Ansatz wie im Haushaltsjahr 2000), um Projekte der italienischen Wochen "Buongiorno, Italia" zu fördern

Frau Alef von der Fraktion KIDitiative fordert, dass die dreiprozentige Kürzung auf der Hst. 1.330.716.01 "Zuschuss Theater" rückgängig gemacht wird, um Programmverminderungen im Theaterspielplan zu vermeiden.

Der Entwurf der Haushaltssatzung wird zur Kenntnis genommen.

17 <u>Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2001 für den Bereich der Schulen</u>

Sowohl Herr Dehler von der CDU als auch Herr Dr. Miege von der SPD kündigen für ihre Fraktionen an, dass sie den Antrag stellen werden, die Kürzung des Verwaltungshaushaltes um 1 Mio DM rückgängig zu machen. Das Geld werde dringend für die Unterhaltung der Schulen und für Lehr- und Lernmittel und Einrichtungsgegenstände bei steigenden Schülerzahlen und Buchhandelspreisen gebraucht.

Der Entwurf der Haushaltssatzung wird zur Kenntnis genommen.

18 Ausstellungskonzept der Städtischen Galerie Villa Zanders

Frau Ziskoven erkundigt sich, ob es genaue Zahlen über auswärtige Besucher der Galerie Villa Zanders gebe.

Eine konkrete aktuelle Statistik gebe es nicht, entgegnet Herr Dr. Vomm, doch sei vor einigen Jahren eine Zählung mit diesem Ergebnis durchgeführt worden, und er habe den Eindruck, das dieser Trend anhielte. Auf die Frage von Herrn Dr. Miege, warum erst ab 2003 Räume bereit gestellt werden für Bergisch Gladbacher Künstler im Rahmen der Ausstellungsreihe "Ortstermin", verweist er auf vertragliche Bindungen mit anderen Künstlern.

Frau Dr. Weil weist darauf hin, dass eine Umschichtung des Budgets, dass von der Raiffeisenbank gesponsert werde, diese neuen Ausstellungsmöglichkeiten für Bergisch Gladbacher Künstlerinnen und Künstler gewährleisten müsse. Herr Dr. Vomm kann bestätigen, dass die Raiffeisenbank inzwischen ihr Einverständnis gegeben habe, den Betrag entsprechend zu splitten. Nach Auffassung von Herrn Dehler könnte auch im vierten Programmbaustein "Stiftung Walter Lindgens"die Bergisch Gladbacher Kunstszene berücksichtigt werden.

Es sei sicher im Sinne Walter Lindgens, dessen Werk zwei Räume im Erdgeschoss vorbehalten seien, entgegnet Herr Dr. Vomm, aktuelle junge Kunst aus Köln, die dort zurzeit kein Forum mehr habe, in diesen Räumen auszustellen: hier gebe es eine Marktnische. Junge Künstler kämen nun vermehrt nach Bergisch Gladbach.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

19 Randstundenbetreuung an der GGS Katterbach

Die Fraktionen sind sich einig, dass es sich in diesem Fall um ein Projekt mit Modellcharakter handle, dass sich von der üblichen Randstundenbetreuungen an anderen Grundschulen erheblich unterscheide. Der Zuschuss über 37.500,00 DM soll auch über das Haushaltsjahr 2002 hinaus gewährt werden.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird einstimmig abgelehnt.

20 <u>Sanierung der Sportaußenanlagen des AMG und der Johannes-Gutenberg-</u> Realschule

Herr Dehler regt an, den brachliegenden Ascheplatz kostengünstig in einen Parkplatz umzuwandeln, um so der Parknot bei schulischen Veranstaltungen zu begegnen.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport ist mit der Sanierung der Sportaußenanlagen des Albertus-Magnus-Gymnasiums und der gemeinsamen Nutzung dieser Anlagen mit der Johannes-Gutenberg-Realschule, sowie der nötigen Umschichtung der dazu erforderlichen Finanzmittel einverstanden.

21 <u>Kostenermittlung über eine Einrichtung einer Verbundschule am Standort der</u> Wilhelm-Wagener-Schule Refrath

Herr Kotulla hält den Zeitpunkt für eine Entscheidung, ob die Stadt die Trägerschaft für eine Verbundschule übernehme, noch nicht für gekommen. Es müsse noch geklärt werden, inwieweit der Kreis gedenke, sich an den Kosten für Bau und Unterhaltung dieser Schule zu beteiligen.

Herr Dehler unterstützt die Bestrebungen, eine Verbundschule am Standort der Wilhelm-Wagener-Schule einzurichten, allerdings müsse sich der Kreis zur Hälfte an den Bau- und Betriebskosten beteiligen. Bisher seien die beiden Schulen für die erziehungsschwierigen und sprachbehinderten Kinder in der Trägerschaft des Kreises, der nicht aus seiner Pflicht entlassen werden dürfe. Es seien hier noch weitere Gespräche notwendig.

Frau Böhrs teilt diese Auffassung und erkundigt sich, wann diese Gespräche vorgesehen seien. Herr Kotulla kündigt an, diese Gespräche möglichst kurz vor oder nach Weihnachten führen zu wollen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

22 <u>Antrag der Schulpflegschaft der Wilhelm-Wagener-Schule, eine feste Stelle für</u> eine Sozialpädagogin/einen Sozialpädagogen einzurichten

Herr Dehler erläutert, dass die Schule neben Bildungs- und Erziehungsaufgaben auch familienunterstützende und –ergänzende Maßnahmen durchzuführen habe, hier aber auf die Hilfe von Sozialarbeitern bzw. Sozialpädagogen angewiesen sei. Es sei davon auszugehen, dass dadurch Spareffekte bei der Sozial- und Einzelfallhilfe erzielt werden können. Die CDU beantrage, im Sammelnachweis Stellenplan Schulen 80.000 DM für die Einrichtung dieser festen Stelle zum Schuljahr 2001/2002 bereitzustellen.

Herr Kotulla bedauert, dass das Land, das eigentlich für die personelle Ausstattung der Schulen zuständig sei, sich hier aus der Verantwortung ziehe. Frau Koshofer hält die Einrichtung dieser Stelle für notwendig.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die Stelle laut Frau Böhrs im Hauptausschuss im Zuge der Stellenplanberatungen beantragen.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport empfiehlt dem Rat, über die vorgeschlagene Einrichtung der Stelle für eine/n Sozialpädagogin/pädagogen im Rahmen der Stellenplanberatungen des Stellenplans 2001 zu beraten und beschließen.

23 Anmeldeverfahren zu den weiterführenden Schulen

Herr Dr. Miege hält die in der Mitteilung beschriebene rechtliche Absicherung und Einbindung der Bezirksregierung für unabdingbar: Die Bezirksregierung wurde eingebunden, um dieses Verfahren auch rechtlich abzusichern. Sie wird diese Lösung mit tragen ohne besonders nachgefragte Realschulen zur Aufnahme von Schülern zu zwingen, da diese sonst Klassenverbände von mehr als 30 Schülern zu bewältigen hätten. Dies werde der Realschule im Kleefeld ersparen, Klassen mit mehr als 28 SchülerInnen zu bilden. Die Bezirksregierung wolle das Verfahren rechtzeitig rechtlich abklären und das Ergebnis dem FB 4 mitteilen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

24 Sanierung der Johannes-Gutenberg-Realschule

Herr Dr. Miege hält den Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht für tragfähig, da ein Gesamtkonzept und ein fester Zeitrahmen fehle. Er formuliert 4 Thesen:

- 1. Die Sanierung der Johannes-Gutenberg-Realschule sei unumgänglich und solle so rasch wie möglich erfolgen.
- 2. Die Sanierung könne nur in Zusammenarbeit der Verwaltung mit allen Gremien der Schule und dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport geplant werden; für diese konzeptionelle Planung müssen alle gemeinsam die Verantwortung tragen.
- 3. Die Sanierung müsse auf der Basis eines zeitmäßig genau festgelegten Organisations- und Ablaufplanes erstellt werden. Dies erfordere ein Gesamtkonzept, das konkret überprüfbar und abhakbar sei bis in die einzelnen Schritte.
- 4. Eine außerordentliche Ausschusssitzung solle dann den Beschluss zur Sanierung fassen.

Herr Kotulla versichert, dass die Verwaltung die Angelegenheit keineswegs auf die leichte Schulter nehme; sie habe sich seit geraumer Zeit mit diesem Sanierungsproblem befasst. Er verspricht, dass die Verwaltung im Rahmen der jetzt beginnenden Haushaltsberatungen ein Finanzierungskonzept vorlegen werde, damit bereits im nächsten Jahr mit der Sanierung begonnen werden könne.

Herr Dr. Miege stellt folgenden Beschlussantrag;

Die Beschlussfassung zur Sanierung der Johannes-Gutenberg-Realschule wird bis zur Vorlage eines Gesamtkonzepts der Sanierung vertagt. Eine außerordentliche Ausschusssitzung wird dann die entsprechenden Beschlüsse fassen.

Die übrigen Fraktionen stimmen dem Antrag des Vorsitzenden zu: der Antrag wird **einstimmig** gefasst.

Die Sitzung wird um 17.35 Uhr für 10 Minuten unterbrochen, um den anwesenden Eltern und Kindern der Johannes-Gutenberg-Realschule die Möglichkeit zum Verlassen der Sitzung zu geben. Die Sitzung wird anschließend mit der Aussprache zu den TOP A 21 und 22 – entsprechend dem Antrag zur Änderung der Tagesordnung – fortgesetzt.

25 Bau einer zusätzlichen Turnhalle in Herkenrath

Folgender geänderter Beschlussvorschlag wird einstimmig gefasst:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport stellt den Bedarf für den Bau einer zusätzlichen Turnhalle in Herkenrath fest und beauftragt die Verwaltung, im Investitionsplan für das Jahr 2001 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 50.000,00 DM für Planungsmittel einzustellen.

Diese Verpflichtungsermächtigung wird im Haushaltsjahr 2002 kassenwirksam.

26 Antrag des Bergisch Gladbacher Reitervereins Eicherhof e.V. auf Anerkennung der Förderungswürdigkeit gemäß den städtischen Sportförderungsrichtlinien für die Grunderneuerung und Erweiterung des Dressurplatzes

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport erkennt die Förderungswürdigkeit der Maßnahme gemäß Ziffer 4.1. der Richtlinien für die Sportförderung an.

27 Anerkennung der Goethe-Gesellschaft e.V. als kulturtragender Verein

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport erkennt die Goethe-Gesellschaft e.V. Bergisch Gladbach als kulturtragenden Verein an.

28 Antrag der SPD-Fraktion vom 21.09.2000 zum Förderprogramm "Kommunen gegen Rechtsextremismus"

Herr Dehler begrüßt ebenso wie Herr Kleine die Bereitstellung der Mittel gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, vermisst aber in der Projektbezeichnung den Begriff "Gewalt gegen andere". Er ist erfreut, dass im Fachbereich Jugend und Soziales dennoch Seminare zur Gewaltprävention in Kindertagesstätten, Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen etc. geplant werden.

Herr Kleine erkundigt sich nach konkreten Planungen und Maßnahmen, die mit Hilfe dieser Fördermittel durchgeführt werden sollen.

Herr Kotulla verweist auf die wortgenaue Vorlage des Jugendhilfeausschusses und auf die vor Beginn der Sitzung verteilten Anlagen.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) und der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport nehmen das Grobkonzept der Verwaltung des Jugendamtes zur Verwendung der Mittel aus dem Förderprogramm "Kommunen gegen Rechtsextremismus" zustimmend zur Kenntnis.

29 Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Scheerer wiederholt ihre Fragen, inwieweit den Wasserballern zusätzliche Hallenzeiten, für den Breitensport Flachwasser und für die 2. Bundesligamannschaft weitere Trainingsmöglichkeiten angeboten werden könne.

Frau Bergmann weist daraufhin, dass der Schwimmverein bereits zwei Hallen (NCG, IGP) nutzen können und sich die Verwaltung bemühe, weitere Wasserzeiten zu bekommen.

Frau Ziskoven erkundigt sich , ob die Verwaltung wie in anderen Städten Freizeitangebote bis in die Nachtstunden anbieten werde. In Köln habe es z.B. die Museumsnacht und die Sommernacht im Zoo gegeben.

Herr Kotulla sichert die Beantwortung der Fragen schriftlich zu.

Frau Böhrs bittet um die schriftliche Beantwortung der Frage, warum die 28 Reinigerinnen der Stadt keine Leistungszulagen erhalten hätten. Eine Befragung des Gleichstellungsbüros habe dieses Ergebnis erbracht.

Frau Koshofer berichtet von einem Gespräch mit dem Schulleiter der Johanniter-Hauptschule Herkenrath, in dem sich dieser beklagt habe, dass er jahrelang erfolglos über die schlechte Beleuchtung und Kälte in der Aula geklagt habe. Kaum habe ein Vogelzuchtverein die Aula angemietet, seien plötzlich Mittel in Höhe von 20.000 DM vorhanden gewesen, um die Reparaturen durchführen zu lassen. Außerdem gebe es Unmut in der Ev.Grundschule Am Broich über schwarzen Schimmelpilz in Räumen, die auch als Klassenraum genutzt werden. Herr Kotulla verspricht die schriftliche Beantwortung der Fragen.

Herr Willnecker bittet um die Beantwortung der Frage, warum die Versicherungssumme von 18.000 DM für den Wasserschaden in der Stadtteilbücherei Paffrath nicht vollständig für den Medienkauf abgerufen worden sei. Herr Kotulla sichert die schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

Frau Scheerer bittet die Verwaltung, den Ausschuss fortlaufend über Sanierungsmaßnahmen von Schulen, Turnhallen und Bädern durch Fachbereich 6 und 7 zu unterrichten. Dies wird von Herrn Kotulla zugesichert.

Frau Alef regt an, Namenskärtchen der einzelnen Ausschussmitglieder aufzustellen und die Heizung im Saal etwas höher zustellen.

Da keine weitere Anfragen gestellt werden, schließt Herr Dr. Miege den öffentlichen Teil.

Dr. Wolfgang Miege Michael Kotulla Barbara Hieronymi (Vorsitzender) (1. Beigeordneter) (Schriftführerin)